

Der Streit um die Gebühren

Beitrag oder Beihilfe

Die Europäische Kommission hat sich seit Anfang 2000 wiederholt mit Beschwerden zur Finanzierungsregelung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschäftigt. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die Rundfunkgebühr ein Beitrag oder eine unerlaubte staatliche Beihilfe im Sinne des EU-Rechts ist. Die Auseinandersetzungen führten 2007 zu einem folgenreichen Beihilfekompromiss, der maßgeblich die Ausgestaltung des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags beeinflusste.

Im ARD Jahrbuch 2008 wird der Verlauf des Konflikts wie folgt zusammengefasst: „Die EU-Kommission hat entschieden, kein förmliches Beihilfeverfahren gegen Deutschland wegen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu eröffnen. Das Verfahren der Kommission ging auf verschiedene Beschwerden aus dem Jahr 2003 zurück, u. a. eine des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT). Die Kommission hat in den letzten Jahren im Rahmen eines Vorprüfungsverfahrens Deutschland mehrfach um Auskunft über das System der Gebührenfinanzierung gebeten. Im Kern ging der Streit um die genauen Grenzen der Finanzierung und des Funktionsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, schwerpunktmäßig um die Aktivitäten im Bereich Telemedien und Digitalkanäle.

Bereits im Dezember 2006 hatten die Ministerpräsidenten der Länder mit der EU-Kommissarin für Wettbewerb Eckpunkte einer Einigung im Beihilfeverfahren abgestimmt. Inhaltlich akzeptiert die Kommission in ihrer Entscheidung die seitens der Länder zugesagten Maßnahmen, um die beihilferechtlichen Bedenken der Kommission zu beseitigen. Die Frage, ob die Rundfunkgebührenfinanzierung in Deutschland überhaupt den Tatbestand der Beihilfe gemäß den Bestimmungen des EG-Beihilferechts erfüllt, bejaht die Kommission zwar, sie weist aber auf die divergierende Ansicht der Bundesregierung hin.

Die gegenüber der Kommission zugesagten Maßnahmen müssen nun innerhalb von zwei Jahren im Rundfunkstaatsvertrag und auf Ebene der Landesrundfunkanstalten umgesetzt werden. Dazu gehören die Konkretisierung des Auftrags im Bereich der neuen Medien u. a. durch ein neues Prüfverfahren für neue digitale Angebote, die Stärkung der Gremienaufsicht und eine Optimierung der Finanzkontrolle bei den kommerziellen Tochtergesellschaften von ARD und ZDF.“

Quelle

ARD-Jahrbuch 08 2008: EU stellt Beihilfeverfahren zur Rundfunkfinanzierung in Deutschland ein. Hamburg, S. 167. Download unter: <http://www.ard.de/intern/publikationen/-/id=912288/property=download/nid=8080/1o08884/index.pdf> (Link nicht mehr aktuell)

weitere Informationen

Frenz, Walter 2007: Handbuch Europarecht. Bd. 3: Beihilfe- und Vergaberecht. Berlin/Heidelberg: Springer.

Holtz-Bacha, Christina: Europa und der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ein Konflikt zwischen Kultur und Ökonomie.

http://www.medienheft.ch/dossier/bibliothek/d25_Holtz-BachaChristina.html

Schellhaaß, Horst-Manfred 1998: Ist die Rundfunkgebühr eine unzulässige Beihilfe? Eine ökonomische Analyse. Köln. Download unter:

<http://www.rundfunk-institut.uni-koeln.de/institut/pdfs/9098.pdf>

Smith, Annette 2010: Das System der deutschen Rundfunkgebühr. Unzulässige Beihilfe oder berechnigte Unterstützung der Rundfunkfreiheit? Hamburg: Kovač. Download unter:

<http://www.mdr.de/DL/1814962.pdf> (Link nicht mehr aktuell)

Beihilfemitteilung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk [EUR-Lex]. Download unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:257:0001:0014:DE:PDF>

Entwurf einer überarbeiteten Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 4. November 2008. Gemeinsame Stellungnahme von ARD und ZDF. Download unter:

http://www.ard.de/intern/standpunkte/-/id=968420/property=download/nid=8236/1ubsss9/Stellungnahme_ARD-ZDF-RFmtlg_20090115.pdf (Link nicht mehr aktuell)

Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zum künftigen Rahmen für die staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Stellungnahme des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks vom 7.3.2008 zum Fragenkatalog der EU-Kommission. Download unter:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/reform/comments_broadcasting/br.pdf

Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über Staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (2001). Download unter: [http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:320:0005:0011:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:320:0005:0011:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:320:0005:0011:DE:PDF)

Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über Staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Text von Bedeutung für den EWR) (2009).

Download unter:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/broadcasting_communication_de.pdf (Link nicht mehr aktuell)

Öffentliche Konsultation der EU-Kommission zum künftigen Rahmen für die staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Antworten des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e. V. (VPRT) zum Fragebogen zur Überarbeitung der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk („Rundfunkmitteilung“, 2001/C 320/04). Download unter:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/reform/comments_broadcasting/vprt.pdf

Staatliche Beihilfe E 3/2005 (ex- CP 2/2003, CP 232/2002, CP 43/2003, CP243/2004 und CP 195/2004) – Deutschland – Die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland. Download unter:

http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2005/e003-05.pdf (Link nicht mehr aktuell)

Stellungnahme des Deutschen Journalisten-Verbandes e. V. zum Zweiten Entwurf einer aktualisierten Mitteilung der EU-Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (2009).

Stellungnahme des WDR-Rundfunkrats zum Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zum künftigen Rahmen für die staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Download unter:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/reform/comments_broadcasting/wdrr2.pdf

Zwölfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag). Download unter:

http://www.wdr.de/unternehmen/senderprofil/pdf/gremien/rundfunkrat/12_RAESTV.pdf
(Link nicht mehr aktuell)